

lands-Preisliste 11716 Zeitungen und Zeitschriften verzeichnet (8347 in deutscher, 3369 in fremden Sprachen) und somit recht deutlich das Anwachsen des Zeitungswesens vor Augen führt. Von allen diesen Periodicis haben 940 ihren Ursprung in Berlin.

Das Berliner Postzeitungsamt befand sich früher Jahrzehnte hindurch in gemieteten Räumen in der Mauerstraße, zum Teil in engen, schwer zugänglichen Hinterhäusern, wo die Uebersicht und glatte Abwicklung des Verkehrs von Jahr zu Jahr schwieriger werden mußte. Das Unzulängliche dieser Verhältnisse bewog den Staatssekretär von Stephan zu durchgreifender Aenderung. Er setzte die Bewilligung bedeutender Summen für einen Neubau durch und erwarb hierzu im Jahre 1893 für 1659000 M die Grundstücke Dessauer Straße 4 und 5 und das anstoßende Terrain Königgräzer Straße 20, im ganzen 5626 Quadratmeter, die nach Verlauf von 15 Monaten von einem gewaltigen Neubau überdacht waren, dem jetzigen Heim des Postzeitungsamtes. Daß das Gebäude ein gediegenes, stilvolles Aeußeres zeigt und daß es in allen seinen Teilen aufs zweckmäßigste eingerichtet ist, bedarf bei den ebenso künstlerisch gestimmten wie auf das Praktische gerichteten Neigungen des genialen Postleiters keiner Versicherung. Glücklicherweise gewählt ist auch die Lage des Hauses in fast unmittelbarer Nähe der beiden wichtigsten Bahnhöfe, des Anhalter und des Potsdamer, und eines der lebhaftesten Verkehrszentren Berlins, dabei verhältnismäßig leicht erreichbar von Verlagsgeschäften und Zeitungs-Druckereien, deren viele in seiner Nähe liegen.

Ein ununterbrochener Tag- und Nachtdienst beherrscht das Innere des Hauses, eine je nach der Art der vielfach verzweigten Beschäftigung mehr oder weniger lärmende und fieberhafte Arbeit, die in den Versendungsabteilungen, wo das äußerlich regste Leben herrscht, je nach der Tages- oder auch Nachtzeit ihren regelmäßigen Wechsel von Flut und Ebbe hat. Der größte Verkehr entwickelt sich in den Stunden von 5 bis gegen 7 Uhr abends und von 3 bis 5 Uhr morgens, und wenn man hört, daß beispielsweise in der kurzen Zeit von abends 5 bis 6 $\frac{3}{4}$ Uhr rund 180 000 Exemplare politischer Zeitungen und 56 000 Exemplare Zeitschriften in Empfang genommen, abgezählt und, nach Kursen und Empfangsstationen gesondert, zu den Bahnhöfen befördert werden müssen, so wird man einen Begriff bekommen von der gewaltigen Anspannung der Kräfte aller, die damit zu thun haben. Die Regelmäßigkeit der Arbeit giebt natürlich Uebung und ermöglicht ein unglaublich thätiges, schnelles, aber fast wortloses Arbeiten, wobei nur die Stimme des auf erhöhtem Platze stehenden Ausrufers vernommen wird, der, wie ein Orchesterdirigent von seiner Partitur, die verschiedenen Zeitungsquantitäten aus einer großen Versendungsliste abliest. Nicht beseitigen aber läßt sich das Geräusch der fast zur gleichen Minute von allen Seiten her eintreffenden Zeitungswagen und der nach den Bahnhöfen abfahrenden Postkarriols, die sich förmlich darin zu überbieten scheinen, ein möglichst weltstädtisches Bild zu geben, und mit dem weltstädtischen Leben natürlich auch reichliches Geräusch untrennbar verbinden.

Der Verfasser dieses lehrreichen Festschrift-Beitrages geht in seiner Beschreibung ziemlich ins Einzelne und giebt das von ihm gesehene Bild des lebhaftesten Treibens mit Anschaulichkeit wieder. Auch in die Einzelheiten des Geschäftsganges in der Empfangs-, Versendungs-, Bestell-, Rechnungs- u. -Abteilung des großen Expeditionshauses vertieft er sich; doch können wir ihm im Rahmen dieser Besprechung leider nicht überall folgen. Das eine sei aus seiner Schilderung noch festgehalten, daß das Gewicht der täglich beförderten Zeitungen 40 000 kg beträgt und daß 20 000 Zeitungspakete und über 1100 Zeitungsfäcke dazu gehören,

diese Gewichtsmengen so abzutheilen, wie es die Versendung erfordert. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Mitteilungen.

Zur Postgesetz-Novelle. — Ueber den Gesetzentwurf betreffend Aenderungen im deutschen Gesetz über das Postwesen hat das Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der folgendes gesagt wird:

Der Gesetzentwurf enthält insofern eine Verkehrs erleichterung, als er die Gewichtsgrenze des einfachen Briefes von 15 auf 20 Gramm erhöht. Außerdem ist, wie die Begründung ergibt, beabsichtigt, die Portogebühr für Stadtbriefe innerhalb Berlins, bei gleichzeitiger Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Vor- und Nachbarorte auf die Hälfte der bisherigen Sätze herabzusetzen. Im Gegensatz zu dem in der vorigen Legislaturperiode vorgelegten, jedoch nicht zur Beratung gelangten Entwurfe ist ferner eine, wenn auch eng begrenzte, Entschädigung der durch die Ausdehnung des Postregals benachteiligten Privatbeförderungs-Anstalten und ihrer Angestellten vorgesehen.

Als Kompensation für die erwähnten Erleichterungen aber bringt der Entwurf eine Ausdehnung des Postregals, die eine schwere Gefährdung wichtiger gewerblicher Interessen zur Folge hat. Im Gegensatz zu dem früheren Entwurf geht der jetzige direkt auf die Unterdrückung der bestehenden Privatbriefbeförderungs-Anstalten aus. Auch, soweit der bisherige Geschäftsbetrieb durch die beabsichtigte Ausdehnung des Postregals an sich nicht berührt wird, ist die Errichtung und der fernere Betrieb solcher Anstalten nach Artikel 3 des Entwurfs an Genehmigung geknüpft. Allerdings würde wohl auch ohne eine solche Ausdehnung der Konzessionspflichtigkeit den Privatanstalten die Fortführung ihres Gewerbebetriebes schon dadurch unmöglich gemacht werden, daß durch die Ausdehnung des Postregals auf die Beförderung geschlossener Briefe innerhalb der Gemeindegrenzen ihres Ursprungsortes der rentabelste Zweig ihrer bisherigen Thätigkeit ihnen entzogen würde. Mit dem Fortfall der Privatanstalten aber würde in den Verkehrsmitteln eine Lücke entstehen, welche der regale Postbetrieb auszufüllen nicht in der Lage ist und welche namentlich für die kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute sich empfindlich fühlbar machen würde.

Zunächst erreichen die Portosätze der Reichspost auch nach Durchführung der beabsichtigten Ermäßigungen nicht entfernt die Billigkeit der Tarifsätze der Privatbeförderungsanstalten. Als Minimalsatz für einen geschlossenen Brief sind 5 Pfennig vorgesehen.

Die in der Begründung des vorjährigen Entwurfs gegebene Darstellung, als sei der Geschäftsbetrieb dieser Anstalten im allgemeinen sehr unzuverlässig und die Interessen des Publikums schädigend, entbehrt der tatsächlichen Begründung. Die betreffenden Anstalten sind auf das Vertrauen des am Verkehr interessierten Publikums angewiesen; sie haben es in ihrer großen Mehrzahl verstanden, sich dieses Vertrauen zu erwerben und zu erhalten; soweit dies nicht der Fall gewesen ist, sind sie zu Grunde gegangen. Die gegenwärtig in Betrieb befindlichen aber, und unter ihnen mit an erster Stelle die für Berlin in Betracht kommende Berliner Paketfahrt-Aktiengesellschaft haben sich als eine unentbehrliche Ergänzung des fiskalischen Postverkehrs bewährt. In dieser Beziehung sind nicht allein die überaus billigen Portosätze der Privatanstalten, sondern auch Einrichtungen, welche sie im Interesse der Erleichterung des Verkehrs getroffen haben, wie z. B. die Beförderung nicht mit Wertzeichen versehener Sendungen gegen Pauschalvergütung, die Beforgung von Inlassis und dergl., hervorzuheben. Auch dem Verkehr der Wohlthätigkeitsvereine und gemeinnützigen Institute mit ihren Mitgliedern würden durch die Aufhebung der Privatposten Opfer auferlegt werden, welche eine Einschränkung ihrer segensreichen Wirksamkeit zur Folge haben müßte.

Es kann aber auch nicht anerkannt werden, daß ohne die geplante Ausdehnung des Postregals die Gewährung von Portoermäßigungen nicht stattfinden könne. Die sehr bedeutenden Ueberschüsse der Reichspostverwaltung beweisen, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit derselben im Verkehrsinteresse noch lange nicht erreicht ist. Der modernen Auffassung entspricht es nicht, den Betrieb öffentlicher Verkehrsanstalten unter dem Gesichtspunkt fiskalischer Einnahmequellen und nutzbarer Regalien zu betrachten. So würde beispielsweise auch die Herabsetzung des Stadtportos in Berlin der Reichspost einen Teil der bisher der Paketfahrtgesellschaft überwiesenen Briefe zuführen, ohne daß es dazu einer Beseitigung der letzteren bedarf. Die Berliner Reichspostanstalten haben sich bereits beim letzten Jahreswechsel der naturgemäß gesteigerten Anforderung an den Postverkehr nicht entfernt gewachsen gezeigt.

Der in der Begründung ferner hervorgehobene Gesichtspunkt,